

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Schreibt täglich nach, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abgabe A: Mit „Die Zeit in Wort und Bild“ wöchentlich 2.10 M. In Dresden durch Boten 2.40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2.50 M.
Abgabe B: Ohne Illustrierte Beilage wöchentlich 1.90 M. In Dresden durch Boten 2.10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2.20 M. — Einzel-Nr. 10 Pf. — Zeitungspost Nr. 6855.

Interate werden die gewöhnliche Beilage über deren Raum mit 15 Pf. erhoben mit 50 Pf. für Beilage, bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt.

Veränderung, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher 1300

Für Rückgabe unersucht. Schriftliche keine Verbindlichkeit. Redaktion: Geschäftsstelle: 11-12 Uhr.

Bitte probieren Sie unseren hochfeinen Familien-Kaffee per Pfund Mark 1.35.
Gerling & Rockstroh, Dresden.
Niederlagen in allen Stadtteilen.



Piano-Fabrik Jos. Kulb
Gang 1073, Dresden-L., Fernruf 7105
Magazin: Ritschelstraße 15, 1. Etz., Ecke Marschallstraße.
Ständiges großes, reichhaltiges Lager anerkannt vorzüglich. Flügel u. Pianinos in allen Stil- und Holzarten. Billigste Preise. Günstige Bedingungen.
Verkauf, Tausch, Miete. Gespielte Instrumente stets am Lager. Spezialität: Anfertigung moderner Pianinos, zu Wohnzimmern-Einrichtungen passend, bei billigster Preisberechnung. 114

Filialen in allen Stadtteilen
Paul Märksch, Dresden
Kunstfärberei und chemische Wäscherei
Wollwäscherei ihrer Kgl. Hohenzollern, Mathilde, Herzogin v. Sachsen
Dresden, Fernsprecher Nr. 2641, 3832, 4820, 2456, 3878, 4783, 696.

Für die Monate November u. Dezember abnimmt man auf die „Sächsische Volkszeitung“ mit der täglichen Romanbeilage sowie der wöchentlich erscheinenden Beilage „Feierabend“ zum Preise von 1.20 M. (ohne Beilagen), durch den Boten ins Haus 1.40 M. Bezugspreis auf die Ausgabe A mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage „Die Zeit in Wort und Bild“ erhöht sich monatlich um 10 Pf.

Generalversammlung des Katholischen Frauenbundes.

(Nachdruck verboten.) Düsseldorf, den 26. Oktober 1910.

Am Mittwochvormittag fand die 6. Versammlung statt, die geschlossenen Charakter hatte und sich mit inneren Angelegenheiten des Bundes befahte. Zu derselben hatte sich eine sehr große Anzahl von Delegierten ausgedehnt. Weitere Begrüßungstelegramme sind eingelaufen vom Straßburger Weihbischof Born v. Bulach, Frau Agnes Reuhaus und den Berliner Vormundschaftsdamen. Nach Erstattung des Kassensberichts durch Fräulein Badenberg und der Wiederwahl der Revisoren wurden die von der Kommission in Vorschlag gebrachten Statuten nebst der Geschäftsordnung en bloc angenommen. Sodann folgte die Beratung von Anträgen. Die Vorsitzende Frau Robert Wachen-Köln teilt mit, daß der Antrag Breslau betr. Gliederung des Frauenbundes in Diözesanverbände, der Antrag Gnauck-Kühne betr. Anträge zur Änderung der gegenwärtigen Organisation des katholischen Frauenbundes und der Antrag der Gräfin Preysing-Kronwinkel betr. ausnahmsweise Zulassung von Landes- bzw. Provinzialverbänden zurückgezogen ist. Die Versammlung nimmt diese Mitteilung unter lebhaftem, allseitigem Bravo! entgegen.

Frau Dr. Ammann-München beantragt: Die Generalversammlung wolle den Zweigvereinen die Gründung von Rechtschutzstellen für Frauen dringend empfehlen und eine Kommission ernennen, welche das einschlägige Material sammelt, um den Zweigvereinen bei Neugründungen alle erforderlichen Auskünfte erteilen zu können. Die Antragstellerin begründet den Antrag wie folgt: Die neuzeitlichen Verhältnisse haben ein vermehrtes Bedürfnis nach Rechtschutzstellen geschaffen. Dieses Bedürfnis im einzelnen begründen zu müssen, dürfte sich erübrigen, nachdem die eine Tatsache besteht, daß in einer westdeutschen Stadt eine einzige Rechtschutzstelle für Frauen allein im Jahre 1909 7042 Besuche aufzuweisen hatte. Die Frage muß vielmehr so formuliert werden, ob ein Bedürfnis nach Rechtschutzstellen unter katholischer Leitung vorhanden ist. In Anbetracht des Umstandes, daß die Verantwortung einer großen Menge der Rechtsfragen, welche vor einer Rechtschutzstelle zur Verhandlung gelangen, wesentlich abhängig ist von der Weltanschauung der Auskunftgebenden — es sei nur auf Ehescheidungen, Vormundschaften, Alimentationsklagen usw. erinnert — muß die Frage unbedingt bejaht werden und die Schaffung von katholischen Rechtschutzstellen erscheint als eine der wichtigsten Aufgaben des katholischen Frauenbundes. Prälat Lausberg-Köln begrüßt den Antrag als dringend notwendig und empfiehlt warm seine Annahme. Nach längerer Diskussion, in welcher sich alle Rednerinnen für die Tendenz des Antrages aussprechen, von einer Seite aber die Möglichkeit solcher katholischen Rechtschutzstellen bezweifelt wurde, wurde der Antrag unter Ablehnung einiger Änderungsanträge mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. Die Antragstellerin betonte vor der Abstimmung, daß der Antrag nicht die Tendenz habe, daß da, wo schon eine Rechtschutzstelle bestehe, nun unbedingt daneben noch eine katholische treten solle. Das hänge von den örtlichen Verhältnissen ab. Zu Mitgliedern der beschlossenen Kommission wurden folgende Damen gewählt: Fräulein Kandebeck-Münster, Fräulein Fall-Berlin, Fräulein Ueding-Münster, Fräulein Badenberg-Steale, Frau Wilden-Machen, Frau Reuhaus-Dorlmünd, Frau Bönarz-Koblenz, Frau Dr. Ammann-München und Frau Wiedenbach-Düsseldorf. Die Gen-

tralseite erhielt die Ermächtigung, weitere Damen in die Kommission zu wählen.

Weiter wird ein Münchener Antrag einstimmig angenommen, wonach eine Vorstandskonferenz geschaffen werden soll. Die Generalversammlung bewilligt die dazu erbetenen Mittel. Ein Antrag Düsseldorf ersucht die Generalversammlung, allen Zweigvereinen zu empfehlen, es als eine dringende Pflicht zu erachten, den Bestrebungen zur Förderung der schulentlassenen weiblichen Jugend erhöhte Bedeutung zu schenken und sie in Jugendvereinigungen zusammen zu schließen. Begründet wurde der Antrag durch Fräulein Gremer-Düsseldorf. Es entspann sich eine längere Diskussion, an der sich beteiligten: Baroness Wirsbach-Sarff, Frau Geh. Rat Dr. Seyberger-Berlin, Domvikar Surmann-Münster, Fräulein Schmidt-Berlin, Fräulein Einhauser-München, Fräulein v. Carnap, Prälat Lausberg, Baroness Wirsbach-Sarff, Fräulein Wiegand-Köln, Fräulein Schmitt-Karlsruhe, Frau Dr. Laurent-Düsseldorf, Fräulein Badenberg, Frau Robert Wachen-Köln. In der Diskussion wurde von einigen Seiten die Befürchtung ausgesprochen, daß der Jugend-sammelverein den örtlichen Ständevereinen nachteilige Konkurrenz machen könnte. Schließlich wurde der Antrag in folgender Fassung angenommen: „Die Generalversammlung des katholischen Frauenbundes wolle allen Zweigvereinen empfehlen, es als eine dringende Pflicht zu erachten, den Bestrebungen zur Förderung der schulentlassenen weiblichen Jugend erhöhte Bedeutung zu schenken, und sie nach vorherigem Benehmen mit den Vorständen bzw. Präses der übrigen verwandten Zwecken dienenden Vereinen oder Kongregationen, wo nötig, in Jugendvereinigungen zusammenzuschließen, bereits bestehende Vereinigungen aber nach Kräften zu fördern.“

Hierauf wurde ein Antrag Steele angenommen, den Zweigvereinen die Einrichtung einer Zentrale der Zentralstelle „Leo“ einzurichten. Ein weiterer Antrag lautet: Die vierte Generalversammlung wolle der Gründung eines Fachverbandes für katholische Hausbeamtinnen im Prinzip zustimmen und eine Kommission einsetzen, um die Gründung eines solchen Verbandes baldigst in die Wege zu leiten. Nach kurzer Begründung des Antrages durch Fräulein Badenberg und kurzer Diskussion, in der hervorgehoben wurde, daß nur solche Beamtinnen gemeint seien, für die keine besondere Organisation bestehe, wie Gesellschaften, Kindergärtnerinnen usw., wurde der Antrag angenommen.

Die Ernennung der Kommissionsmitglieder wird der Zentrale überlassen. Ein Antrag, die Abstimmung auf der Generalversammlung nur durch Delegierte der Zweigvereine mit je einer Stimme für das angefangene Hundert erfolgen zu lassen, wurde von Frau Geh. Rat Dr. Seyberger-Berlin für den Zweigverein Breslau begründet, nach kurzer Debatte aber von Frau Geh. Rat Dr. Seyberger zurückgezogen.

Weiter wurden folgende Anträge angenommen: Antrag Wirsbach: Die einzelnen Zweigvereine mögen angeeifert werden, größeren Wert als bisher auf die hauswirtschaftliche Ausbildung der Mädchen zu legen und mit allen Mitteln anzustreben, daß womöglich sofort nach der Schulentlassung jedes Mädchen das dringend nötige Maß an hauswirtschaftlichen Kenntnissen sich erwerben könne, um entweder einen eigenen Haushalt zu führen oder in einem Hausdienst entsprechend tätig sein zu können.

Antrag Augsburg: Die vierte Generalversammlung des katholischen Frauenbundes in Düsseldorf empfiehlt allen Zweigvereinen die größtmögliche Förderung der katholischen Missionen im In- und Auslande, nachdem sie von der 57. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Augsburg so nachdrücklich betont worden ist.

Antrag Bonn: Die Generalversammlung wolle beschließen, an das Unterrichts-Ministerium eine Eingabe zu richten zu dem Zwecke, daß die Anzahl der Schararbeitstunden in den Volksschulen, insbesondere auf dem Lande, um ein oder zwei wöchentlich vermehrt werden müssen.

Antrag Münster-München: Die vierte Generalversammlung des katholischen Frauenbundes in Düsseldorf wolle beschließen, daß seine Mitglieder sich in besonderer Weise die Hebung der wirtschaftlichen und sittlichen Lage der weiblichen Bühnenmitglieder und der Reform der Theatervorschriften angelegen sein lassen.

Frau Gille-München erhebt Protest gegen die Art und Weise, wie die „Düsseldorfer Zeitung“ an dem Gnauck'schen Stück Christine und der Vorteilhaftigkeit der katholischen Frauen Kritik geübt hat. Die sachgemäßig aus dem Ausschuss scheidenden Damen werden durch Affirmation wiedergewählt. Singugewählt wird wegen ihrer

Verdienste Fräulein Hopmann. An Stelle zweier anderer Mitglieder werden gewählt Frau Regierungsrat Gesse-Münster und Fräulein Kühner-Frankfurt. — Damit ist die Versammlung beendet.

6. Deutscher Arbeitsnachweis-Kongress

Cpe. Breslau, den 27. Oktober 1910.

Die Verhandlungen des 6. Deutschen Arbeitsnachweis-Kongresses nahmen heute früh 9 Uhr ihren Anfang. Zahlreiche Vertreter von Behörden sind zu den Verhandlungen erschienen, so Geheimräte, aus dem Reichsamt des Innern Geheimrat Landmann, aus dem preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe Geheimrat Neumann, ferner Vertreter des Oberpräsidenten von Schlesien sowie der schlesischen Regierungspräsidenten und der Stadt Breslau. Auch sind Vertreter ausländischer Arbeitsnachweise anwesend.

In der Eröffnungsansprache betonte der Vorsitzende Dr. Freund vor allem die völlige Neutralität des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. Das einzige, was der Verband anstrebe, sei die Förderung des paritätischen Prinzips bei der Organisation der Arbeitsnachweise. Die Regierungsvertreter überbrachten Zusicherungen der Sympathie und Unterstützung ihrer Behörden, und Stadtrat Marx begrüßte die Versammelten namens der Stadt Breslau. Darauf referierte Dr. Kehler-Berlin über: „Die einseitigen Arbeitsnachweise der Arbeitnehmer und Arbeitgeber.“ Die Bedeutung der Nachweise der Arbeitnehmer ist sehr zurückgegangen, auch was ihre Ausnützung als soziale Kampfmittel angeht. Nur vom Arbeitnehmer-nachweis im Gastwirts-gewerbe kann man sagen, daß er noch auf eine Entwicklung hoffen kann. Entscheidend ist aber bei der Beurteilung der Arbeitsnachweise nicht das System, sondern die Frage, ob der Nachweis auch wirklich in erster Linie dem Arbeitsnachweise diene. Bezüglich der Arbeitgeber-nachweise ist ja oft genug betont worden, daß der Arbeitgeber-nachweis patriotischen Wert habe und für den Kampf gegen die Sozialdemokratie wichtig sei. Neuerdings ist allerdings diese Seite der Arbeitgeber-nachweise mehr in den Hintergrund getreten, und völlig bedeutungslos ist sie, wenn der Nachweis nicht obligatorisch ist, und wenn über die Arbeiter nicht strenge Kontrolle geführt wird. Ist letzteres aber der Fall, so liegt der Gedanke unberechtigter Bevorzugungen nahe, und tatsächlich werden stellenweise unmorganisierte Arbeiter bevorzugt. Noch bedenklicher ist es, wenn von den Nachweisen gewisse Gruppen von Arbeitern ausgeschlossen werden, zumal wenn die Ausschließung ohne Wissen und ohne Bewußtsein des Arbeiters vor sich geht. Das ist ja überhaupt der größte Vorwurf gegen die einseitigen Arbeitgeber-nachweise, daß sich bei ihnen alles in Einseitigkeit abspielt, ohne daß der Arbeiter ein Einfluß gestattet wird. Es ist nur natürlich, daß solche Nachweise, anstatt Streiks zu verhindern, zu Streiks Anlaß geben. Und infolgedessen sind diese Nachweise auf dem Wege, ihre alte Härte und Einseitigkeit abzulegen. Trotzdem wird zur Herstellung einer einwandfreien Arbeitsvermittlung ein Gesetzgeber eingreifen müssen, und zwar in der Vorschreibung einer paritätischen Beaufsichtigung und Bewachung und in der Aufhebung einer Höchstdauer für die Nachweisperrre. Regierungsrat und Beigeordneter Dr. Dominicus-Strohsburg geht als Korreferent auf den Arbeitsnachweis des Fachverbandes im Ruhrrevier ein. Dieser Nachweis richtet sich gegen Kontraktbruch und zu großen Wechsel und soll dazu dienen, einen besseren Ueberblick über den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. In den ersten acht Monaten hatte der Nachweis 95 800 Vermittlungen aufzuweisen. Entgegen dem Vorredner bin ich der Ueberzeugung, daß die Arbeitgeber in nächster Zeit in noch viel ausgedehnterem Maße zur Errichtung von einseitigen Arbeitgeber-nachweisen schreiben werden. Das ist insofern gut, als die Arbeitgeber-nachweise eine bessere Ueberblick über den Arbeitsmarkt gewähren, als die paritätischen und gemeinnützigen. Ueberhaupt können letztere von ersteren in ihrer Technik vieles lernen; vor allem müssen sie dazu übergehen, von Streiks nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Arbeitgebern Mitteilung zu machen.

In der Diskussion betont Goldschmidt-Berlin (Girch-Dundersche Gew.-Ver.), daß die loyale Haltung des Arbeitsnachweises des Fachverbandes doch wohl auf Rechnung der großen Aufmerksamkeit zu setzen sei, die die breitesten Öffentlichkeit der Institution habe angeeignet lassen. Dr. Flechtner-Stettin (Vereinigung der Industriellen) legt den Standpunkt der Unternehmer dahin dar, daß der Arbeitgeber-nachweis in viel höherem Maße in der Lage sei, den Bedürfnissen der Industrie Rechnung zu

sehen
sagte
und
einen
em ich
r mich
nicht
h) doch
r mich
r das
r neue
sdann
nun?
ufibel,
r Ho
Louis
ohne-
?
h alles
ur das
Safen
s, was
e beste
stände
and zu
es Ge-
blischen
illigen
immen
tzwecke
Freer
daß ich
n Falle
machen.
n, fligte
zu er-
chriftlich
se aber
cht ver-